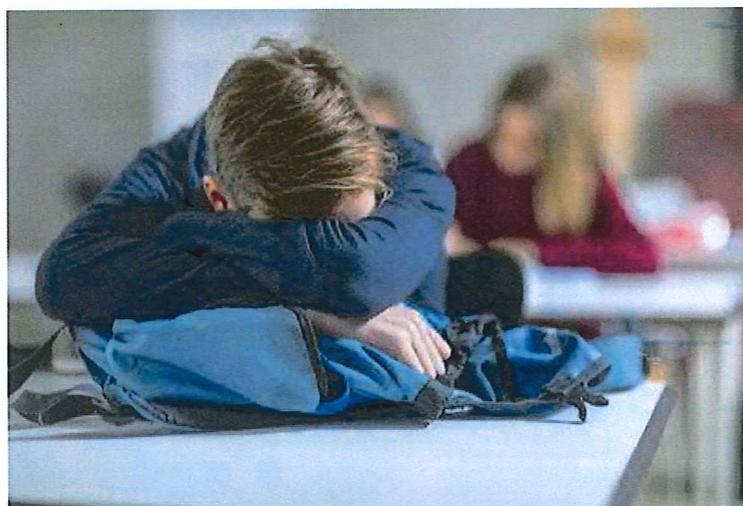


Der Bildungsminister möchte neue Strukturen für Problemschüler aufbauen, doch sein eigentliches Ziel ist ein anderes – eine Analyse

## Meischs teures Mega-Projekt



Die Schaffung von neuen Strukturen für Schüler, die der Schule überdrüssig sind, wird Unsummen an Steuergeldern verschlingen.

Foto: Getty Images

### POLITIK & GESELLSCHAFT

Von Michèle Gantenbein

Die Nachricht von Bildungsminister Claude Meisch (DP), dass er die Schulpflicht von 16 auf 18 Jahre anheben möchte, kam am 13. September. Aus heiterem Himmel.

Niemand ahnte etwas davon. Auch die Koalitionsparteien LSAP und Déi Gréng nicht.

„Wir waren darüber nicht 'amused'“, sagt Djuna Bernard, Co-Präsidentin von Déi Gréng, am Rande der Pressekonferenz der Grünen zur parlamentarischen Rentrée am Mittwoch.

Bei den Sozialisten läuteten am 13. September sofort die Alarmglocken. Sie befürchteten Auswirkungen auf das Rentensystem und das Arbeitsrecht – eine Sorge,

die der Abgeordnete Claude Haagen zwei Tage später in einer parlamentarischen Frage an Claude Meisch zum Ausdruck brachte.

Weil die Aufregung bei den Koalitionspartnern groß war, kamen am vergangenen Dienstag die Fraktionen von DP, LSAP und Déi Gréng zu einem Klärungsgespräch mit Claude Meisch zusammen. Er habe den Fraktionen versichert, dass die Schulpflichtverlängerung keinen Einfluss auf das Rentensystem und auch nicht auf das Arbeitsrecht haben werde, so die bildungspolitische Sprecherin der LSAP, Francine Closener, auf „Wort“-Nachfrage. „Wir hatten Sorge, die Verlängerung der Schulpflicht hätte zur Folge, dass eine Berufsausbildung künftig erst ab 18 Jahren möglich sein wird. Das wird aber nicht der Fall sein“, sagt Bernard.

Claude Meisch ist es offenbar gelungen, die Koalitionspartner zu beruhigen. Sie stehen der Idee positiv gegenüber, allerdings hat Closener Bedenken was die Umsetzung betrifft. „Das Ganze wird personal- und infrastrukturintensiv und richtig teuer.“ Die Co-Fraktionsvorsitzende der CSV, Martine Hansen, ist skeptisch: „Es gibt Minderjährige, die wollen arbeiten gehen. Es bringt nichts, sie zu zwingen, bis 18 Jahre die Schulbank zu drücken.“

### **Außerschulische Ausbildungsformen**

Mit einer längeren Schulpflicht möchte der Bildungsminister verhindern, dass junge Menschen, die keinen Bock mehr auf Schule haben, „verloren gehen“. Die Rede ist von rund 700 Schülern, die jedes Jahr ohne Abschluss vom Radar verschwinden.

Claude Meisch sieht aber keinen Sinn darin, dass sie einfach nur länger zur Schule gehen, sondern er möchte „alternative außerschulische Ausbildungsformen“ anbieten. Da es sich mehrheitlich um junge Menschen mit vielfältigen Problemen handelt, ist vorgesehen, sie psychologisch und sozial eng zu betreuen. Ziel ist es, wie DP-Fraktionschef Gilles Baum auf Nachfrage erklärt, „berufsbezogene Ausbildungen anzubieten, die den jungen Menschen erlauben, manches auszuprobieren und Module nachzuholen, damit sie mit 18 Jahren wenigstens einen CCP-Abschluss haben“.

## **Flächendeckendes Angebot**

Als Modell dienen die Centres d'insertion socioprofessionnelle (CISP), wie sie zum Beispiel in Esch/Alzette von „Arcus“ in Zusammenarbeit mit dem Lycée Guillaume Kroll beziehungsweise in Wiltz vom „Liewenshaff“ in Zusammenarbeit mit dem Lycée du Nord angeboten werden. Der „Liewenshaff“ ist ein Ausbildungszentrum und bietet neben der Schule fünf praktische Ausbildungsbereiche an: Küche, professionelle Raumpflege, Landschaftspflege und Gartenbau, Eisenwerkstatt und Agrarwesen. Die Schüler werden psychosozial begleitet und haben sogar die Möglichkeit, dort zu wohnen, wie es auf der Internetseite des Zentrums heißt.

Seit 2019/2020 ist die Schulausbildung des „Liewenshaff“ an das Lycée du Nord angegliedert. Das bedeutet: Die Schüler, die im „Liewenshaff“ beschult werden, sind offiziell im Wiltzer Lycée registriert. Unterrichtet werden sie „unter den gleichen Voraussetzungen einer Classe d'orientation professionnelle (COP)“, wie es auf der Internetseite heißt. Die erworbenen Fähigkeiten werden vom Lycée du Nord zertifiziert. Mit diesen beiden und anderen privaten Trägern werden jetzt Gespräche über den Aufbau der Strukturen geführt. Laut dem Ministerium sollen auch staatliche Träger Angebote ausarbeiten. Man sei dabei, den Bedarf an Strukturen zu ermitteln.

## **Gewerkschaften warten Details ab**

Auf den ersten Blick klingt das alles sehr schön. Auch die Gewerkschaften Féduse und SEW/OGBL stehen der Idee positiv gegenüber, haben aber keine Informationen, was genau geplant ist. Jules Barthel vom SEW/OGBL findet den Gedanken richtig, etwas zu tun, „um Schüler zwischen 16 und 18 im Griff zu behalten“, meint aber auch, „dass sich das Ganze nicht so leicht umsetzen lässt, wie Claude Meisch sich das vorstellt.“ Féduse-Präsident Raoul Scholtes sagt, das Ganze mache nur Sinn, „wenn die Ausbildung außerhalb des formalen Schulkontextes in neuen Strukturen stattfindet und es nicht auf eine reine Schulzeitverlängerung hinausläuft“.

## **Welche Rolle für ENAD und CNFPC?**

Doch Meischs Vorhaben wirft eine grundlegende Frage auf: Warum sollen für teures Geld flächendeckend außerschulische Strukturen mit privaten Trägern gebaut werden, wenn Luxemburg seit 2009 eine Schule hat, deren Mission auch heute noch darin besteht, Schulabbrechern eine zweite Chance zu geben: die Ecole de la deuxième chance (E2C), heute Ecole nationale des adultes (ENAD)? Die Schule hat Erfahrung mit dieser Zielgruppe. Auch die vier Centres nationaux de formation professionnelle continue (CNFPC) bieten Ausbildungen für diese Zielgruppe an. Claude Meisch könnte die ENAD und die CNFPC ausbauen. Doch davon ist keine Rede. Stattdessen werden neue Einrichtungen gebaut und – ganz wichtig – private Träger im Schulbereich verankert.

Nun bleiben die Schüler zwar weiterhin in einer Schule eingeschrieben, doch die schulische und praktische Ausbildung findet de facto außerhalb der Schule statt. Das heißt: Obwohl der Staat über Einrichtungen verfügt, die diese Aufgabe leisten könnten, entscheidet der Staat, in diesem Fall Claude Meisch, sie an private Strukturen abzugeben. Nun handelt es sich dabei um Vereinigungen ohne Gewinnzweck (asbl). Doch nichts verhindert, das Konzept in einer nächsten Phase weiter auszubauen und andere Teile des Schulsystems privaten Organismen anzuvertrauen.

Unklar ist, welchen Auftrag die neuen Einrichtungen erhalten. Aus dem Bildungsministerium heißt es, für den Bildungs- und Zertifizierungsauftrag seien die respektiven Schulen zuständig, in denen die Schüler eingeschrieben sind. De facto aber findet die Ausbildung und die Bewertung außerhalb der regulären Schule statt.

Die Frage ist: Wer unterrichtet die Schüler beziehungsweise bildet sie aus? Es gibt zwei Möglichkeiten. Die Schüler werden von diplomierten Lehrern beziehungsweise Maîtres d'enseignement ausgebildet, die aus den regulären Schulen abgezogen werden und dann dort fehlen. Oder aber sie werden von anderen Berufsgruppen ausgebildet, die nicht über die nötige Qualifikation für die Arbeit mit dieser Zielgruppe verfügen.

Doch damit nicht genug. Für die neuen Strukturen braucht der Staat vor allem

sozioedukatives Personal. Hier führt der Gedanke zur neuen Erzieherausbildung, die diesen Herbst als Pilotprojekt am Lycée technique pour professions éducatives et sociales (LTPES) und an der ENAD mit jeweils zwei Klassen startet. Eine Turbo-Ausbildung für Abschlusschüler der SO-Sektion (Sozialwissenschaften). Nach nur einem Jahr halten sie ein Erzieherdiplom in den Händen und könnten für die Arbeit in diesen neuen Strukturen zur Verfügung stehen.

Die ENAD bietet bereits seit einigen Jahren die reguläre Erzieherausbildung (Educatteur diplômé en cours d'emploi) an und wird in einigen Jahren in ein neues Gebäude in Mersch ziehen. Laut dem Bildungsministerium wurde das Bauprogramm vergangenes Jahr beim Infrastrukturministerium eingereicht. Aber es gibt noch kein Bauprojekt. Es wäre also noch nicht zu spät, die ENAD wieder stärker auf ihre eigentliche Mission auszurichten.

### **Die Personalfrage**

Doch statt selbst eine Rolle in dem geplanten Vorhaben zu spielen, soll die ENAD Erzieher ausbilden, die später unter anderem in diesen Strukturen gebraucht werden. Hinzu kommt eine weitere für 2022/23 angekündigte Ausbildung: der DAP Education, mit dem Fachkräfte für den formalen und non-formalen Bildungsbereich ausgebildet werden sollen, wie Claude Meisch im September erklärte – eine Low-Level-Ausbildung, die geschaffen wird, um den immer größer werdenden Bedarf an sozioedukativem Personal zu decken, das aber aufgrund der niederschweligen Ausbildung nicht so viel kosten wird. Claude Meisch musste den Aufbau dieser Ausbildungen in Aussicht stellen, um seine Pläne zu rechtfertigen und all jene zu beruhigen, die sich zu Recht die Frage stellen, wo denn das ganze Personal für die Strukturen herkommen soll. Dass er auf niedrighschwellige Ausbildungen setzt und dadurch die Qualität der Ausbildungen zu leiden droht, scheint ihn nicht zu stören.

### **Das stille Kämmerlein**

Übrigens: Wie die Gesetzentwürfe 7662 und 7658, die vorsahen, Direktionsposten in vier Schulen und drei Verwaltungen für Vertreter aus der Privatwirtschaft zu öffnen,

wurde auch die verkürzte Erzieherausbildung im stillen Kämmerlein ausgearbeitet und nie offiziell vorgestellt. Nun hat Claude Meisch die Schulpflichtverlängerung und den Bau von außerschulischen Strukturen zwar im September angekündigt. Dennoch hat er die Pläne im stillen Kämmerlein ausgeheckt. Wieder einmal. Es ist demnach höchste Vorsicht geboten, denn was als gute Idee daherkommt, könnte sich am Ende als Versuch entpuppen, die schulische Ausbildung in privat geführte Strukturen auszulagern und das öffentliche Schulsystem weiter zu unterwandern.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die an dieser Stelle geführten Überlegungen stellen mitnichten die Arbeit der hier zitierten Träger wie „Arcus“ oder „Liewenshaff“ mit Jugendlichen infrage. Diese Arbeit ist wichtig und wertvoll. Es geht darum, die Absichten des Bildungsministers hinter all dem richtig zu deuten.

Nach acht Jahren im Amt sind Meischs Absichten eigentlich nicht mehr zu verkennen. Unter dem wohlklingenden Motto „Unterschiedliche Schulen für unterschiedliche Schüler“ hat er ein paralleles Schulsystem geschaffen. Die internationalen Schulen schießen wie Pilze aus dem Boden. Selbst in den traditionellen Schulen etablieren sich immer mehr europäische Klassen. Nicht weil im Schulwesen alle davon überzeugt und begeistert sind, sondern weil Claude Meisch das so will. Wenn europäische Klassen aufgehen, dann größtenteils auf Wunsch des Ministers.

Mit dieser Strategie unterhöhlt Minister Meisch Schritt für Schritt das traditionelle öffentliche Schulsystem. In vielen Schulen werden für den Unterricht neben Lehrern zunehmend andere Berufsgruppen rekrutiert, die aber, anders als die Lehrer, einer regulären 40-Stunden-Woche unterliegen und für unterschiedliche Aufgaben eingesetzt werden können. Das ist, wie die Gewerkschaften sagen, ein Angriff auf die Lehrer-Tâche und letztendlich schwächt Meisch auf diese Weise die Gewerkschaften, die nicht mehr wie früher einen großen einheitlichen Lehrerblock vertreten.

Nun kann man dem DP-Minister nicht vorwerfen, eine liberale Bildungspolitik zu verfolgen. Aber er muss sich vorwerfen lassen, seine wahren Absichten nicht offenzulegen und seine Pläne unter Vorspiegelung falscher Tatsachen dann doch umzusetzen. Häppchenweise, in kleinen Schritten, damit es nicht auffällt, kaum

jemand die Zusammenhänge versteht, und kein Aufruhr entsteht.

### **Ein Gesetz für die Zeit nach 2023**

Die Politik, die Gewerkschaften, die Schulen – alle warten jetzt auf Details zu dem Mega-Projekt. „Ich möchte das Konzept dahinter sehen“, sagt Martine Hansen. „Doch meiner Meinung nach gibt es noch überhaupt kein Konzept“, fügt sie hinzu. Damit könnte sie Recht haben.

Das Gesetz soll noch in dieser Legislatur verabschiedet werden, die konkrete Umsetzung aber erst drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes stattfinden. Die Zeit sei notwendig, um ein Konzept zu erstellen und dann flächendeckend anzubieten, meint Francine Closener. „Der Aufbau der Strukturen braucht Zeit“, sagt auch Gilles Baum.

Claude Meisch gießt das Ganze jetzt in einen Text, damit die gesetzliche Grundlage für die Strukturen noch vor den Wahlen 2023 in trockenen Tüchern ist. So kann er sicherstellen, dass das Luxemburger Bildungssystem sich auch über seine jetzige Amtszeit hinaus nach seinen Wünschen entwickeln wird.

### **Gesetz als Mittel zum Zweck**

Interessant ist im Zusammenhang mit dem Gedanken des Fortbestands von Meischs Politik auch die Nähe von Trägern, die in dem Konzept eine zentrale Rolle spielen werden, zur DP beziehungsweise zu hohen Beamten im Bildungsministerium. Konkret: Die Frau eines hohen Beamten, der an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs beteiligt ist, hat eine leitende Funktion bei einem Träger, der später solche Strukturen anbieten wird. Sie leitet dort die Abteilung für Bildungs- und Weiterbildungsfragen.

Die Frage, die es zu prüfen gilt: Inwiefern wird für Akteure, die der DP beziehungsweise Beamten im Bildungsministerium nahe stehen, die Grundlage geschaffen, um nach 2023 unter welchen politischen Konstellationen auch immer das Projekt Privatisierung fortzuführen? Immerhin schafft der Staat mit dem geplanten

Gesetz Strukturen, die in Konkurrenz stehen zu bestehenden staatlichen Institutionen. Was den Verdacht nahe legt, dass das geplante Gesetz als Mittel zum Zweck geschrieben wird, um private Akteure im Schulwesen zu verankern und die Schüler – warum nicht schon früher, ab 13 oder 14 Jahren – aus dem öffentlichen System in die privat geführten Einrichtungen zu lotsen.

Wenn die Strukturen erst einmal da sind, ist der nächste Schritt, aus ihnen eigenständige private Schulen zu machen, nicht mehr weit. So gesehen muss man das Projekt als Test verstehen – wobei Claude Meisch strategisch klug vorgeht, indem er die Idee in ein schönes Gewand kleidet, hohe Geldsummen in Aussicht stellt und das Interesse von Vereinigungen weckt, die von den Privatisierungsabsichten mitunter nichts ahnen. Letztendlich aber werden diese Träger für verborgene Zwecke instrumentalisiert. Strategisch klug auch aus einem anderen Grund: Claude Meisch kann sich ziemlich sicher sein, dass ihm aus dem Lehrerkorps des Fondamental und des Secondaire kein Gegenwind ins Gesicht bläst, da die Grund- und Sekundarschulen von den Privatisierungsabsichten nicht direkt betroffen sind. Noch nicht.